

Die Deutschen sollten so schnell wie möglich ihre Haltung gegenüber Arbeitskräften aus Polen ändern.

Von Bartosz T. Wieliński, Korrespondent der Gazeta Wyborcza in Berlin

Ich fragte mal einen polnischen Diplomaten, was er denn über die Probleme der in der Bundesrepublik lebenden Polen wisse. »Sie werden immer weniger. Die deutsche Polizei kann unsere Leute nicht mehr abschieben und ihnen Einreiseverbote erteilen. Und die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt dicht ist, hat keinerlei Bedeutung, das können wir umgehen«, lautete seine Antwort.

Ein deutscher Beamter im Arbeitsamt, mit der gleichen Frage konfrontiert, wurde um einiges deutlicher: »Ihre Landsleute halten sich nicht im Geringsten an unsere Vorschriften. Sie melden Briefkastenfirmen an und zahlen keine Steuern und Abgaben.«

Über die Ausbeutung, die an den polnischen Arbeitskräften betrieben wird, möchte allerdings keiner von beiden sprechen.

Das Prozedere ist Alltag, und am meisten verdienen dabei die dubiosen Vermittler. Es leidet das Image Deutschlands, denn die Arbeitskräfte aus Osteuropa machen immer öfter einen Bogen um das Land.

Vor zwei Monaten überzeugte ich mich mit eigenen Augen davon, unter welchen Bedingungen die Polen, die in der Fleischverpackung bei der Firma B&C Tönnies in Rheda-Wiedenbrück beschäftigt sind, leben und arbeiten müssen.

Einige Hundert Personen, die bei den polnischen Unternehmen Agro Visbek und Makro Bis angestellt und von diesen nach Deutschland geschickt wurden, schufteten bei Tönnies 12-Stunden-Schichten, 7 Tage in der Woche. Ohne Schulung, ohne geeignete Arbeitskleidung, dafür aber stets im Blickfeld der polnischen Aufseher, die mit Flüchen und Drohungen nicht geizten. Vor ihrer Ankunft in Deutschland hatte man ihnen einen 8-Stunden-Tag versprochen und über 1000 € monatlich. Vor Ort erfuhren sie dann, dass ihr Verdienst nur die Hälfte dessen betragen sollte. Ähnlich ist es bei den Unterkünften. Die Arbeiter wurden zu jeweils mehr als einem Dutzend in kleinen Häusern untergebracht und teilten sich nur ein gemeinsames Badezimmer. Als ich bei Tönnies nach den polnischen Mitarbeitern fragte, versicherte man mir, es sei alles in bester Ordnung.

Die Lokalverwaltung schwieg, ebenso die Ministerialbeamten in Berlin und Warschau. Währenddessen stellte sich jedoch heraus, dass der Schlachtbetrieb kein Einzelfall war. In ähnlicher Weise werden die Mitarbeiter des Lebensmittelkonzerns Stute aus Paderborn ausgebeutet. Im Hafen

von Wilhelmshaven beseitigten polnische Arbeiter mit ausgerangierten Staubschutzmasken Tonnen von krebserregendem Asbest von Bord des niederländischen Transatlantik-Liners Rotterdam. Die dort befragten polnischen Arbeiter erzählten mir, ihre Masken seien dermaßen abgenutzt, dass sie oft ungefiltert die asbestverseuchte Luft einatmeten. Sie wohnten zusammengepfercht in einem maroden Arbeiterhotel, jeweils zu sechst in kleinen Zimmern. Für diese Unterkunft zahlten sie 200 € monatlich. Auch in diesem Fall fühlte sich niemand zuständig, weder die polnische Vermittlerfirma Derksen Polska, noch der holländische Auftraggeber Infinity, und auch nicht die deutsche Gewerbeaufsicht, die die Schiffsbaustelle auf Drängen des polnischen Konsulats in Hamburg kontrolliert und dabei keinerlei Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte.

Diese Beispiele, beide von deutschen Medien beschrieben, sind nur die Spitze des Eisbergs. Reporter der Süddeutschen Zeitung haben ermittelt, dass Lebensmittelproduzenten aus Dänemark und den Niederlanden ihre Produktion nach Deutschland verlegen, weil man hier die billigen polnischen Arbeitskräfte einsetzen oder, besser gesagt, ausnutzen kann.

Noch schlechter ist die Situation auf den deutschen Feldern, wo viele Polen bei der Spargelernte beschäftigt werden. Die Bezahlung ist selten höher als 3 € die Stunde, und es kommt durchaus vor, dass die Bauern ihren Erntehelfern nicht einmal die allernötigsten Einrichtungen zur Verfügung stellen. Manche Arbeiter werden sogar in regelrechten Wellblechhütten untergebracht.

»Nach einem Monat Schwerstarbeit wurde uns plötzlich ohne Angabe von Gründen gekündigt. Höchstwahrscheinlich war der Streit um gewisse Minimalforderungen, den wir mit der Eigentümerin führten, die Ursache. Es ging z.B. um einen Raum, in dem wir uns hätten umziehen können« – so lautet ein Zitat aus der Beschwerdenliste polnischer Arbeiter aus einem Betrieb in Bottrop.

Nach einer Reihe von Presseberichten kündigte die polnische Regierung an, dass sie einen speziellen Konsul beschäftigen wolle, der sich um polnische Arbeitnehmer kümmern solle. Die deutsche Seite denkt über einen Mindestlohn für die Lebensmittelbranche nach. Und die Tatsache, dass die Hauptursache für die Ausbeutung polnischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik die rigiden Arbeitsmarktgesetze sind, bleibt selbstverständlich unerwähnt. Mehr noch, es sieht so aus, als ob die Bundesrepublik die

hart erkämpfte Übergangsfrist bis zum Jahre 2011 noch verlängern wolle. Deutschland hat sich entschieden, seinen Arbeitsmarkt vor den EU-Neulingen abzuschotten, aus Angst vor einer Flut billiger Arbeitskräfte und vor Lohn-dumping, welche die Arbeitslosenquote in ungeahnte Höhen hätten klettern lassen. Nach vier Jahren stellte sich jedoch heraus, dass Restriktionen wenig helfen. Tönnies ist dafür ein gutes Beispiel. Einige Hunderttausend polnische Arbeitnehmer umgehen so die deutschen Gesetze. Ca. 200.000 gründeten in Deutschland Ein-Personen-Firmen, der Rest bietet seine Dienste als von polnischen Unternehmen entsendete Arbeitnehmer an (im großzügigen Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie), oder sie arbeiten einfach schwarz, was an einem Ort wie Frankfurt (Oder) einfach niemanden interessiert. Das Problem ist jedoch, dass die rechtliche Situation der in der Bundesrepublik arbeitenden Polen durch diese Praxis nur noch unklarer wird. Und diese Tatsache wird von unseriösen Arbeitgebern und Vermittlern oftmals ausgenutzt. Die zum deutschen Schlachtbetrieb entsendeten polnischen Arbeiter unterliegen den polnischen Arbeitsschutzgesetzen. Wenn diese verletzt werden, sollten demnach polnische Inspektoren einschreiten. Diese jedoch haben kein Recht, im Ausland tätig zu werden, und selbst in Polen gibt es gerade mal 300 von ihnen. Die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Polen sollten die Konzerne übernehmen, die sie beschäftigen. Es stellt sich jedoch heraus, dass hinter den Großkonzernen eine ganze Reihe von polnischen und deutschen Mittelsleuten steht. Sie sind diejenigen, die die Polen einstellen – den Konzernen kann man somit nichts vorwerfen. Schließlich können die polnischen Arbeitnehmer sich doch bei der Polizei oder bei den deutschen Behörden beschweren. Allerdings gibt es dabei das Problem, dass die Arbeiter selten deutsch sprechen, und die Praxis zeigt auch, dass die Beamten selten bereit sind, ihnen tatsächlich zu helfen. Umso mehr, als die meisten Fälle sich in der Provinz ereignen, weit weg von dem nächstgelegenen Konsulat.

Wenn Deutschland seinen Arbeitsmarkt öffnen würde, würde das Problem der Ausbeutung von Arbeitskräften von der Agenda verschwinden. Denn dann dürfte ein polnischer Arbeitnehmer, der zu den gleichen Bedingungen wie ein deutscher Kollege beschäftigt wäre, nicht niedriger bezahlt und auch nicht gezwungen werden, 10 Stunden zu arbeiten. Er fiel unter die deutschen Tarifverträge und auch unter den Schutz der deutschen Arbeitsschutzbehörden.

Es gibt noch einen weiteren Gesichtspunkt. In Deutschland fehlen allmählich die Arbeitskräfte. Vor einem Jahr, nur wenige Tage vor dem Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft, schlug man Alarm, der gesamten Unternehmung würden 12.000 Servicekräfte fehlen: Hostessen, Verkäufer in Schnellrestaurants, Wachpersonal und Reinigungskräfte. Jedes Jahr bleiben 700.000 Stellen unbesetzt. Es stellt sich heraus, dass die in Deutschland registrierten Arbeitslosen kein Interesse an Stellen haben, bei denen sie nur ein Paar Euro in der Stunde verdienen können, denn so viel bekommen sie auch durch die Sozialhilfe oder andere Transferleistungen. Auch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften macht sich immer deutlicher bemerkbar.

Ärzte, Architekten, Ingenieure, aber auch Lehrer flüchten aus Deutschland in die USA, nach Großbritannien oder Skandinavien. 2005 haben mehr Menschen Deutschland den Rücken gekehrt als nach der Machtergreifung Hitlers. Im Ausland verdienen sie mehr Geld und arbeiten weniger. Große Konzerne wehren sich und holen ihre erfahrenen Mitarbeiter aus der Rente zurück in die Unternehmen. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die OECD empfiehlt Deutschland in ihrem neuesten Bericht, so schnell wie möglich den Umgang mit ausländischen Arbeitskräften zu überdenken und sich der Immigration zu öffnen, anderenfalls werde die Wirtschaft des Landes stark darunter leiden. Einige Tage später kündigte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wiederholt an, dass der deutsche Arbeitsmarkt für die EU-Neulinge weiterhin verschlossen bleibe. Ähnliche Thesen hört man aus dem gesamten SPD-Lager. Es ist wohl ziemlich klar, dass auch der Koalitionspartner CDU seinen Partner nicht zum Umdenken zwingen wird. Die Verbote bleiben, auch wenn die deutschen Behörden bei den Polen, die sie umgehen, eher ein Auge zudrücken werden. Und auch die polnische Regierung wird so zufriedengestellt, auch wenn sie dabei in Kauf nimmt, dass polnische Bürger in Deutschland ausgebeutet werden können.

Die Lage Österreichs ist der Deutschlands sehr ähnlich. Auch Wien hat sich lange gegen die Arbeitsmigranten aus der Neu-EU gewehrt und Schwarzarbeit und eine Grauzone toleriert. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, dass es kaum noch Krankenschwestern und Altenpfleger im Lande gibt, begann man damit, die bürokratischen Hürden zu senken. Heute sagt man an der Donau, dass Österreich Ausländern gegenüber freundlicher werden müsse, damit diese sich eben dort und nicht in Großbritannien oder Irland ansiedeln. Man bekämpft die Xenophobie der Österreicher, die bisher zahlreiche Ausländer verschreckt hat.

Auf Deutschland kommt diese Debatte erst noch zu, weil immer mehr Polen einen Bogen um das Land machen. Dieses Jahr ist viel Spargel auf den deutschen Feldern einfach liegen geblieben und verfault. Die Polen haben es satt, für weniger als 3 € die Stunde zu arbeiten und unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben, und sind einfach weiter nach Holland oder auf die Britischen Inseln gezogen, um dort ein Vielfaches dessen zu verdienen. Umso mehr, als die Löhne in Polen ebenfalls steigen und auch das Arbeitskräfteangebot entsprechend knapper wird.

Wenn die Deutschen weiterhin von der polnischen Arbeitskraft profitieren möchten, müssen sie endlich berücksichtigen, dass die Rahmenbedingungen sich in den letzten Jahren geändert haben. Die Polen wollen nicht mehr für eine Handvoll Euros arbeiten, sie möchten mehr wie Menschen behandelt werden.

Die Hinnahme von Ausbeutung oder übertriebene Behördenkontrollen werden bestimmt keine Polen nach Deutschland locken. Die deutsche Regierung sollte sich dessen bewusst sein, dass Berlin für die Bewohner West-Polens die nähere Metropole ist, näher als Warschau. Man kann dieses Potenzial nutzen, man kann es aber auch ignorieren und im Endeffekt einfach vergeuden.

Aus dem Polnischen von Jarosław Chmielewski